

FDP Landesverband Niedersachsen, Walter-Gieseling-Straße 22, 30159 Hannover

■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■
■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■
■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■
■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■
■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■

Hannover, 13. Juni 2022
Zeichen: HG

■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■
■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■
■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■

■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■
■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■
■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■

E-Mail: nds@fdp.de
Internet: www.fdp-nds.de

Ihr Schreiben vom 19. Mai 2022 - Abschiebungshaftanstalt des Landes Niedersachsen in Hannover-Langenhagen

Sehr geehrte Frau ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■
sehr geehrte Frau ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■

vielen Dank für Ihr Schreiben zum Thema „Abschiebungshaft“.
Gerne beantworte ich Ihnen Ihre Fragen wie folgt:

1. Halten Sie die Verhängung von Haft für ein angemessenes Mittel, um den Aufenthalt von Menschen, die lediglich ausreisepflichtig sind, ggf. zwangsweise zu beenden?

Freiheitsentziehende Maßnahmen sind in einem freiheitlichen Rechtsstaat immer hoch sensibel. Allerdings muss geltendes Recht auch durchgesetzt werden und das ist in Extremfällen manchmal nur mit Zwangsmitteln zu erreichen. Abschiebungshaft darf und wird nie der Regelfall sein, sondern trifft Menschen, die sich beharrlich weigern und sich wiederholt ihrer Ausreisepflicht entziehen. Jede betreffende Person kann die Inhaftierung vermeiden oder auch beenden, wenn sie freiwillig und ohne Widerstand ihrer gesetzlichen Ausreisepflicht nachkommt.

2. Wenn nicht, wird sich die FDP Niedersachsen auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Abschiebungshaft abgeschafft wird?

Nein werden wir nicht, aus den in Antwort zu Frage 1 genannten Gründen.

3. Wird sich die FDP ggf. dafür einsetzen, dass zumindest in Niedersachsen keine Abschiebungshaft mehr angewendet und das Land keine Abschiebungshaftanstalt mehr betreiben wird?

Siehe Antworten zu Frage 1 und 2.

4. Unabhängig davon, welche Position die FDP Niedersachsen zur Abschiebungshaft vertritt: Hält die FDP die Praxis der Abschiebungshaft in Niedersachsen insbesondere angesichts der Tatsache, dass Haft ein schwerwiegender Eingriff in die Grundrechte darstellt und dass in der Vergangenheit in zahlreichen Fällen die Haft rechtswidrig war, mit rechtsstaatlichen Prinzipien für vereinbar?

Bereits im Jahr 2021 hat der Generalanwalt des EUGH in einem Gutachten festgestellt, dass das deutsche Gesetz zur Unterbringung in der Abschiebehäft nicht den europarechtlichen Anforderungen einer speziellen Einrichtung für Abschiebehäftlinge entspricht. Auslöser war die Klage eines Inhaftierten in der Abschiebehäfteinrichtung Langenhagen der JVA Hannover, welche vor dem Amtsgericht Hannover verhandelt wird. Daher begrüßen wir, dass die niedersächsische Landesregierung nun endlich einen Entwurf für ein Niedersächsisches Abschiebungshaftvollzugsgesetz vorgelegt hat. Aktuell wird das Gesetz im Innenausschuss des Niedersächsischen Landtages beraten. Noch gibt es einige offene Fragen, aber wir gehen davon aus, dass das Gesetz zeitnah verabschiedet werden kann und somit endlich eine europarechtskonforme Rechtsgrundlage für die Abschiebungshaft in Niedersachsen geschaffen wird. Klar ist, dass sich die Abschiebungshaft fundamental von der Strafhaft unterscheiden muss, da es sich nicht um verurteilte Straftäter handelt.

5. Was wird die FDP tun, damit diese Rechtsstaatsprinzipien zukünftig bei der Anwendung von Abschiebungshaft grundsätzlich Berücksichtigung finden und die Rechte der ausreisepflichtigen Menschen geschützt werden?

Wir bringen uns konstruktiv in die Beratungen des vorgelegten Entwurfs eines Niedersächsisches Abschiebungshaftvollzugsgesetz ein und werden darauf hinarbeiten, dass Niedersachsen ein europarechtskonformes Abschiebungshaftgesetz erhält.

6. Sind Sie oder Ihre Partei dafür, dass Personen in Abschiebungshaft - analog zu Beschuldigten in Strafverfahren - eine Pflichtverteidigung beigeordnet wird?

Wir setzen uns dafür ein, dass Personen, die in Abschiebungshaft sitzen, niederschweligen Zugang zu einer Rechtsberatung erhalten. Wie das im Detail aussehen kann, müssen die Ausschussberatungen zeigen.

7. Sind Sie oder Ihre Partei dafür, dass es eine dauerhafte, offene sowie durch Landesmittel finanzierte und unabhängige Beratung in der Abschiebungshaft geben soll?

Wir befürworten eine unabhängige Beratung in der Abschiebehaft. Ob eine Landesfinanzierung dafür angezeigt ist, sehen wir eher kritisch, da in den betreffenden Fällen das rechtsstaatliche Verfahren abgeschlossen ist.

Mit freundlichem Gruß


